

R. Possekel

## Wie und warum an den Dritten Weg erinnern?

Warum ist der sogenannte „Dritte Weg“ einer demokratisch erneuerten DDR kein Erinnerungsort der jüngsten Zeitgeschichte? Diese Frage aufzuwerfen, heißt, sich nicht der Geschichte der Bürgerbewegung und der SED-Reformer zuzuwenden, sondern der jüngsten Zeitgeschichte und ihren Kategorien der Erinnerung. Denn ob etwas erinnert wird oder nicht, liegt weniger in dem begründet, was erinnert wird, sondern in der Perspektive derjenigen, die erinnern.

Martin Sabrow kommt zu folgendem Ergebnis: Die Zielvorstellung des Dritten Weges sei mit dem Ende der Systemkonkurrenz verschwunden, weil eine politische Utopie der Vergangenheit, deren Zeit mit dem Ende des ideologischen Zeitalters abgelaufen war. Dies wiederum sei Ausdruck einer „ideologischen Abgeschlossenheit der DDR“. Nimmt man diese Antwort, so ist auffallend, dass die jüngste Zeitgeschichte sich bei der Frage, was zu erinnern sei, einer Vorstellung von der Vergangenheit bedient, in der es zwei Systeme gibt, zwischen denen ein Drittes nur als eine aus Rückständigkeit geborene Utopie denkbar ist – als nicht erinnerungswürdige Illusion.

So plausibel diese Antwort und die aus ihr entfaltete Erzählung der Ereignisse – so läßt sie sich auch gegen sich selbst wenden: Kann es sein, dass die Zeitgeschichte den „Dritten Weg“ so lange nicht erinnern kann, solange sie den Kategorien der Systemkonkurrenz verhaftet bleibt? Ist die Tatsache, dass Dritte-Weg-Vorstellungen nicht erinnert werden, weniger deren Defizite zuzuschreiben als vielmehr einer eingeschränkten Erinnerungsperspektive geschuldet?

Betrachtet man die dominierende Erinnerungsperspektive auf die DDR und den Umbruch von 1989/90, so ist auffällig, dass sie sich durch die Konstruktion von Polarität/Dichotomie entfaltet: im politischen als Polarität von Diktatur und Demokratie, von Unrechtsstaat und Rechtsstaat, in der Sphäre des Ökonomischen als Polarität von Planwirtschaft (starr oder gelockert) und Marktwirtschaft. Auch wenn es in den vergangenen 20 Jahren nicht an Versuchen mangelte, die polarisierenden Kategorien durch Differenzierungen geschmeidiger zu machen – man denke nur an die verschiedenen Diktaturattribute ....- so ist es augenscheinlich, dass das Konstruktionsschema selber keinen Platz für einen Dritten Weg bietet, oder ihn allenfalls als Irrweg fassen kann. Zwei weitere Besonderheiten dieses Musters seien noch erwähnt:

Wahrheit ohne Versöhnung ist z.B. eine Diagnose Außenstehender, d.h. eine Brücke für Versöhnung ist in diesem Diskurs nicht angelegt. Das Ankommen in der Bundesrepublik ist nur als Verlassen der DDR imaginierbar und das schließt ein, wie Martin Sabrow beschreibt, Scham über den einmal gehaltenen Glauben an eine sozialistische Erneuerung der DDR empfinden zu müssen. Der Diskurs hält nur ein Entweder-Oder bereit, und wer in diesem Diskurs ankommt, muss nachträglich

das hier nicht Verortbare intellektuell als Utopie und politisch als Irrweg begreifen.

Ein weiterer Effekt des dichotomen Konstruktionsmusters ist sicherlich das Aueinanderklaffen von politischem Diskurs und Diskurs der professionellen Zeitgeschichte einerseits und Alltagsdiskursen in nichtpolitisierten Öffentlichkeiten sowie in den Familien andererseits. In regelmäßigen Abständen ist die politische Klasse entsetzt über das Ausmaß von DDR-Nostalgie und nicht unerhebliche Ressourcen werden aufgeboten, um die Herrschaft des dichotomen Interpretationsmusters durchzusetzen.

Folgt man dieser – hier nur im Ansatz entwickelten Diagnose – so ergeben sich zwei Fragen:

a. Ist eine Erinnerungsperspektive auf die DDR und den Umbruch von 1989/90 vorstellbar, die nicht von dem Prinzip der Polarität/ der Dichotomie ausgeht?

b. Welche gesellschaftlichen Bedingungen / Rahmungen wären erforderlich, um einer solchen Perspektive Chancen einzuräumen, nicht nur Produkt intellektuellen Scharfsinns zu bleiben sondern tatsächlich kollektive Erinnerung in Deutschland zu prägen.

A. Der ersten Frage kann man sich auf einer eher lebensweltlichen oder auf einer eher theoretischen Ebene nähern.

Auf der lebensweltlichen Ebene ist es durchaus möglich, DDR und Bundesrepublik in einem gemeinsamen Koordinatensystem anzusiedeln: Prozesse wie Urbanisierung, Säkularisierung bezeichnen etwa Trends, denen beiden Gesellschaften in unterschiedlichen Geschwindigkeiten folgten. Auf der politischen Ebene verband sie ein tiefsitzender Friedenswille wie auch der Anspruch, einer rigorosen Abkehr vom der Naziherrschaft. In sozialer Hinsicht verfolgten beide Gesellschaften Ziele wie soziale Mobilität, Bildungsgerechtigkeit, Ausbau sozialer Sicherungssysteme. Ökonomisch setzten sie lange Zeit auf Massenproduktion und Innovation. Schließlich waren beide Staaten mit massiven Umweltproblemen konfrontiert. Aus einer solchen Perspektive betrachtet, standen beide Gesellschaften vor analogen Herausforderungen, denen sie auf unterschiedliche Weise begegneten. Aus dieser Perspektive lassen sich auch 1989/90 Forderungen identifizieren, die durchaus nicht irreführend waren: nach Weiterentwicklung des Grundgesetzes (z.B. der Implementierung der Drittwirkung von Menschenrechten), nach einem reformierten Gesundheitssystem, nach einem modernen Bildungssystem, nach Alternativen zum Individualverkehr angesichts einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe, nach Kontrolle der Finanzmärkte usw.

Fragt man nach einem theoretischem Konzept, um die Dichotomie zu überwinden, wird man bei den SED-Reformern fündig. Sicherlich, es gab bei ihnen ganz heterogene Konzepte. Ja, sie kamen alle im Duktus der „Weiterentwicklung“ des Sozialismus daher. Ja, sie gebrauchten die For-

mel des Dritten Weges. Aber das ist hier nicht die Frage, sondern ob man bei der Suche nach einem theoretischen Ansatz, der Ost- und Westdeutschland nicht dichotom begreift, fündig werden kann.

Meine These ist, dass genau ein solcher Ansatz Ende der 80er Jahre an der Humboldt-Universität zu Berlin entwickelt wurde – auf den ersten Blick in Rezeption von Luhmann, Habermas und der kritischen Theorie, tatsächlich aber auch durch den Rückgriff auf theoretische Konzepte aus der Zeit vor dem Systemkonflikt des 20. Jahrhunderts: auf Marx, Schumpeter, Immanuel Kants Rechts-  
theorie und manches mehr.

## Hier der Teil über die SED-Reformer (mit Rainer Land)

### Vorbemerkung

Reformbewegungen in den kommunistischen bzw. sozialistischen Parteien (KPdSU, SED usw. gab es seit der Entstehung dieser Parteien. In der DDR kann man drei reformistische Diskursgenerationen unterscheiden. Altkommunisten, Reformdiskurs der Gründergeneration (1960er Jahre, Kosyginische Reformen, Neues ökonomisches System, Entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus, Ota Sik, Prager Frühling). (Vgl. Land, Possekel 1994)

Ein wichtiger Unterschied zur westeuropäischen Linken ist, dass die SED-Reformer in allen drei Generationen nicht im Modus der Kritik im Sinne der westeuropäischen Tradition der Frankfurter Schule operierten – warum soll hier nicht weiter ausgebreitet werden. Sie haben immer im Modus der Entwicklung, Weiterentwicklung operiert und kommuniziert, ihre gedanklichen Innovationen und Veränderungsvorschläge also stets als Weiterentwicklung des Sozialismuskonzepts bzw. seiner Teile oder seiner theoretischen Grundlagen verstanden. Das bedeutet, dass Kritik immer nur legitimiert war, wenn sie auf die Verbesserung des zu kritisierenden gerichtet war, einen Vorschlag zur Weiterentwicklung beinhaltete. Kritik ohne Verbesserungs- oder Weiterentwicklungsvorschlag war Kritikasterei und nicht legitim. Das ist der entscheidende Unterschied zur Kritik in der Tradition der Frankfurter Schule, die gerade der Delegitimation des zu kritisierenden diene und ganz unabhängig davon vorgetragen werden konnte und sollte, ob man wusste, wie es besser geht oder nicht. So wird auch heute noch die Kritik des Kapitalismus betrieben, ohne auf die Frage nach einer Alternative wirkliche Antwort geben zu müssen.

Dieser Modus hat sicher auch mit der stalinistischen Praxis der Unterdrückung jeder Opposition innerhalb und außerhalb der Partei und mit einem gewissen Opportunismus der Parteieliten zu tun (der sicher nicht größer war als anderswo). Aber das ist nicht alles, er hat auch etwas mit dem *avantgardistischen* Selbstverständnis der kommunistischen und sozialistischen Parteielite und ihres

Nachwuchses zu tun. Auch dies soll hier nicht ausgeführt werden (vgl. dazu Land Possekel 1994). Wichtig ist nur, dass man diesen Modus versteht, um die im Herbst 1989 vorgetragenen Vorschläge und Konzepte dekodieren zu können. Unsere These ist, dass die von den SED-Reformern der Perestroika-Generation vorgeschlagene Reformstrategie in der konsequentesten und am weitesten gehenden Fassung, der des Projekts *Moderner Sozialismus* an der Humboldt-Universität, faktisch auf die Herstellung einer Kapitalverwertungswirtschaft, einen Rechtsstaat und eine repräsentative parlamentarische Demokratie hinausliefen, sich also an der Tradition der westeuropäischen Verfassungsstaaten orientierte und nicht an der Alternative einer sozialistischen Gesellschaft mit Staats- oder Volkseigentum, direkterer Planung, und Gewalteneinheit unter Führung einer Staatspartei. Hier wurde die Traditionslinie der Theorie der sozialistischen Gesellschaft und damit in wichtigen Punkten auch die Kontinuität zu den vorherigen Reformkonzepten, etwa dem neuen ökonomischen System oder dem Sozialismus des Prager Frühlings, verlassen, so sehr man auch versuchte, sich kommunikativ positiv darauf zu beziehen.

Trotz dieses Bruchs, den man spätestens beim zweiten Blick auf die Dokumente erkennen konnte und kann, stellten die Vertreterinnen und Vertreter des Projekts *Moderner Sozialismus* (wie alle anderen Fraktionen des SED-Reformdiskurses dieser Zeit) ihr Konzept als *Weiterentwicklung des Sozialismus*, als Neubestimmung von Sozialismus, als Projekt zur *Erhaltung der sozialistischen Idee* dar und nicht als Abkehr. Man darf also nicht den avantgardistischen Zug, man muss auch den substantiellen Inhalt des Reformkonzepts sehen.

Unsere These ist, dass es sich nicht um einen Dritten Weg handelte, auch wenn es zeitweise unter dieser Überschrift firmierte, sondern auf die Errichtung einer Ordnung nach dem Vorbild der westlichen Moderne hinauslief. Aber es versuchte, dies durch eine schrittweise Transformation aus dem vorhandenen staatssozialistischen Strukturen zu entwickeln. Und propagierte nicht durch den Sturz Staatspartei, sondern deren schrittweise Umwandlung in einer „normale“ Partei in einer parlamentarischen Demokratie. Das war einerseits konsequent, weil es um die Weiterentwicklung des Sozialismus ging, andererseits paradox, weil die Entmachtung der SED unter Führung der SED ablaufen sollte. Eine Kontradiktion, die auch Gorbatschows Position in der Perestroika charakterisierte.

Inwiefern war dieses Konzept eines *Modernen Sozialismus* auf die Wiederherstellung oder auch Neuerschaffung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems, einer parlamentarischen Demokratie und eines klassischen Rechtsstaats gegründet?

1. Bezogen auf das Wirtschaftssystem knüpfte man zwar an die früheren Debatten (1960er Jahre) über die relative Selbständigkeit und Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe an, machte aber einen radikalen Schnitt. Die Betriebe sollten selbständige Rechtssubjekte werden und nicht mehr administrativ einer Planungsbehörde unterstehen. Die Planungsbehörden sollten in indikative Planungsstäbe umgewandelt werden, die nur über Rahmenbedingungen, Förderung und Beratung wirken. Damit waren die Betriebe im Rechtsverhältnis untereinander, im Verhältnis zu ihren Kun-

den und zu ihrer Belegschaft faktisch Privateigentümer, nicht mehr (relativ) unselbständige Abteilungen des Volkseigentums bzw. des Staates. Der wirtschaftliche Verkehr zwischen den Betrieben, den Käufern und den Beschäftigten sollte über Märkte erfolgen, Waren- und Dienstleistungsmärkte, Arbeitsmärkte und auch Märkte für Geld, Kredit und Geldkapital, die allerdings eher streng reguliert werden sollten – im Vergleich aber nicht strenger als die Kapitalmärkte im westlichen System von Bretton Woods bis 1972 reguliert waren. (Umbaupaper: 104f, 106f, Land 1989: 121f, 124f)

2. Die Eigentumstitel für das Sachvermögen der ehemals volkseigenen Betriebe sollte in Volkseigentumsaktien umgewandelt werden, die möglichst im Streubesitz von natürlichen und juristischen Personen gehalten werden sollten und die in regulierten Grenzen handelbar sein sollten. Also die eigene Bevölkerung, andere Betrieben, Banken und in gewissem Maße auch der Staat sollten Aktien auf das Sachvermögen der Betriebe halten und damit handeln dürfen, von den Erlösen profitieren und als Eigentümer – allerdings in relativ eng geregelter Weise – Einfluss auf die Entscheidungen der Betriebe ausüben. (ebenda)

Nimmt man beide Punkte zusammen, so sind die Konturen einer regulierten Kapitalverwertungswirtschaft klar erkennbar – und dies haben einige der Kritiker aus der DDR wie auch aus Westdeutschland auch schnell erkannt: das sei ja kein Sozialismus mehr, sondern nur das, was man im Westen schon hätte.

3. Gleiches kann man nun für den Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie zeigen. Schon 1988 hat Rosemarie Will das Konzept eines „sozialistischen Rechtsstaats“ präsentiert und publiziert (Will 1989a). Prinzipien sind individuelle Menschenrechte (Grundrechte), Bindung der Staatsgewalt an Recht und Gesetz (auch die *Partei* und der Staat stehen nicht mehr über, sondern *unter* dem Gesetz), Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Gerichte, eine erst noch zu schaffenden Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit eingeschlossen.

4. Bei der Entwicklung einer neuen Demokratie verweisen die Vorstellungen auch eindeutig auf die westliche Moderne: Trennung von Partei und Staat, die Entstehung eines pluralistischen politischen Spektrums von Parteien und politischen Organisationen, die Etablierung politischer Grundrechte (Meinungs- Gewissens- Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, allgemeines Wahlrecht), ein neues offenes Wahlrecht mit gleichen Chancen, die Ausweitung der Rechte der Volksvertretungen gegenüber der Exekutive, der Übergang zu Berufsparlamenten und die Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung und gesicherter Rechte der Kommunen gegenüber der Zentrale. (Umbaupapier 105, 111f)

Der theoretische Rahmen, der es ermöglichte, diese Grundrichtungen als Weiterentwicklung des Sozialismus zu konzipieren und zu kommunizieren war die *Theorie Moderner Gesellschaften*, die Michael Brie etwa 1987 ins Spiel brachte. Aus der Perspektive einer übergeordneten Theorie der Moderne erschienen die westlichen kapitalistisch bürgerlichen Länder und die staatssozialistischen Länder des Ostblocks nämlich nicht mehr als etwas *völlig verschiedenes*, das nichts miteinander zu tun hatte und sich unvereinbar, *unversöhnlich* gegenüberstand „wie Feuer und Wasser“ – um

ein von Erich Honecker häufig gebrauchtes Wort zu verwenden. Sondern es handelte sich um zwei Varianten der Moderne, wobei sich die staatssozialistische Moderne in einer zwar aus der Revolutionsgeschichte erklärbaren Blockade befand, dem Monosubjekt, wie Michael Brie (1988: 33) es nannte, der Verklammerung von Wirtschaft, Staat, Wissenschaft und anderen Systemen durch die über allem stehende Staatspartei. Diese Blockade zu lösen erschien aus dieser Perspektive als Bedingung einer dynamischen Weiterentwicklung des Sozialismus *als einer modernen Gesellschaft*.

Mit diesem Konzept der Moderne war also ein neuer Rahmen für die Formulierung von Reformansätzen geschaffen, der eben nicht mehr zwei Systeme und die Abgrenzung zum Westen (bzw. umgekehrt die des Westens vom Kommunismus) voraussetzte, sondern eher auf eine Debatte über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der *Einen Welt* mit gemeinsamen Menschheitsinteressen zielte. Dies entsprach der politischen Rhetorik und in gewissem Maße auch der Praxis von Gorbatschow in der Perestroika, allerdings nicht der Politik der SED-Führung.

In dieser Klammer wurde aber nur nicht die Übernahme oder Wiederherstellung wesentlicher *Er rungenschaften* der Moderne angedacht, also einer regulierten Marktwirtschaft, genauer: einer regulierten Kapitalverwertungswirtschaft, eines Rechtsstaats und einer parlamentarischen Demokratie.<sup>1</sup> Es wurde auch versucht, weitergehende Perspektiven für die Entwicklung und Gestaltung der Moderne aufzuzeigen, die mit den sogenannten *sozialistischen Idealen*, nicht den Machtidealen der Staatspartei, sondern der Tradition sozialistischer Bewegungen, kompatibel sein sollten. Insofern ging es nicht einfach um eine Übernahme des westlichen oder gar des westdeutschen Systems, sondern um seine redaktionelle Überarbeitung und Reformierung. Genau diese Perspektive bestimmte auch den Blick auf eine mögliche deutsche Einheit: Eine gemeinsame Perspektive auf die Reformierung und Weiterentwicklung der Moderne als einem gestaltbaren Gesellschaftsprojekt, zu dem die Bundesrepublik und die DDR gleichermaßen beizutragen sollten (vgl. Andre Brie, Wallraf in: Das Umbaupapier: 157). Die BRD könnte ihr westeuropäisches Fundament einbringen, die DDR die Erfahrungen einer anderen sozioökonomischen Ordnung, die erfolgreichen Komponenten (Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Landwirtschaft), aber auch die Erfahrungen des Scheiterns dieser Ordnung, vor allem aber auch die Lehren der Revolution des Jahres 1989 und der entstandenen Bürgerbewegungsdemokratie, die die parlamentarische Demokratie ergänzen und erweitern könnte.

Aus der Perspektive zweier gegensätzlicher und unvereinbarer Systeme wäre nur die Übernahme des anderen Systems unter Aufgabe des eigenen denkbar gewesen. Diese Position gab es, vor allem bei der späteren „Allianz für Deutschland“ und teilen der Bürgerbewegung, aber kaum bei den SED-Reformer, wenn man von rein opportunistischen Leuten absieht, die ja auch keine Konzepte vertraten, sondern nur ihre persönlichen Interessen wahrzunehmen versuchten.

---

<sup>1</sup> Im Jargon der Systemantagonismen hätte man gesagt: eines bürgerlichen Rechtsstaats statt eines sozialistischen Volksstaats, einer bürgerlichen Demokratie statt einer sozialistischen Volksdemokratie.

Das übergreifende Konzept *Moderner Gesellschaften* hat hingegen nicht nur das Undenkbare denkbar gemacht – die *Übernahme des westlichen Modells als Weiterentwicklung einer sozialistischen Gesellschaft* vorzustellen. Es ermöglichte auch, *die Weiterentwicklung der westlichen Moderne selbst zum Gegenstand eines sozialistischen Reformkonzepts* zu machen. Dies ist an mehreren Stellen erkennbar, wenn man die Unterschiede der Vorschläge zu den jeweiligen westlichen Gegebenheiten betrachtet. .

5. Bei der Etablierung einer Wirtschaft auf der Grundlage eines Kapitalverwertungssystem wurde intensiv über eine Reihe grundsätzlicher Erweiterungen nachgedacht. Die erste ist eine funktionsfähige Implementierung von Gemeingütern in ein Kapitalverwertungssystem. Auch wenn damals nicht alle Details theoretisch wirklich geklärt werden konnten, so ist eine Kontur erkennbar. Gemeingüter wie Naturressourcen, Boden eingeschlossen, Rohstoffe, Wasser, Luft, Informationen, öffentliche Infrastruktur, heute würde man Wissen, Gene, bestimmte Softwarelösungen usw. hinzuzählen, sollten kein Privateigentum werden können, sondern Gemeineigentum sein. Die Vermittlung zwischen einer Wirtschaft mit als Privatunternehmen agierenden Betrieben und den Gemeingütern sollte über die Emission von Nutzungsrechten geschehen, die sachlich und zeitlich beschränkte Nutzung von Gemeingütern für wirtschaftliche Zwecke gegen Entgelt ermöglichen und die handelbar an einer regulierten Börse für solche Nutzungsrechte sein sollten. Dies war ein Versuch, den rationalen Kern des Volkseigentums, das Gemeineigentum an der Erde, dem Leben und dem Wissen, in eine Form zu transformieren, die mit einer Kapitalverwertungswirtschaft kompatibel ist, ohne eine allgemeine Privatisierung dieser Güter fordern zu müssen – ein nach wie vor hoch aktuelles und sehr fortschrittliches Konzept. (vgl. Land 1994b)

6. Die Übernahme des westdeutschen Mitbestimmungsmodells und des Betriebsverfassungsgesetzes war auch mit einer deutlichen Erweiterung verbunden. Erstens sollte es eine Drittelparität und eine Öffentlichkeitsbank geben. Zu den Eigentümern und den Belegschaftsvertretern sollte eine dritte Bank kommen, die aber nicht durch Staatsvertreter, sondern durch eine Öffentlichkeitskammer zu besetzen war, in der Umweltverbände, Verbraucherverbände, kommunale Vertreter u. a. die wichtigste Rolle zu spielen hatten. So sollte also eine Rückbindung der selbständigen Unternehmen an die Gesellschaft gestärkt und erweitert werden. Zum anderen sollte sich die öffentliche Kontrolle auch auf die Innovations- und Investitionsstrategien der Unternehmen erweitern. An die Stelle eines deutlich geschwächten Staat, der nicht mehr als Eigentümer der Volksvermögens und zentraler Planer aller Ressourcen auftreten konnte, rückte die diskursive Kontrolle durch eine pluralistische Öffentlichkeit und ihre institutionalisierte Vertretungen (nach Crome u.a. o.J.: 50f). Etwas ähnliches war übrigens auch für die Medien angedacht in Form eines Medienkontrollrates, der den Pluralismus der Medien sichern, Monopole ausschließen und deren Missbrauch für private, parteiliche oder staatliche Interessen verhindern sollte. (Vgl. Bluhm 1989)

7. Beim Rechtsstaat ging es ebenfalls um Erweiterungen: Drittwirkung der Menschenrechte, im Verfassungsentwurf des Runden Tisches dargelegt, soziale Rechte, wie das Recht auf Arbeit, Ar-

beitsförderung und öffentliche Beschäftigung bei Arbeitslosigkeit in einer justiziablen und umsetzbaren Form gehörten dazu. Und im Punkt Demokratie ging es vor allem um die Ausweitung der direkten Demokratie und die Öffentlichkeitsbänke auch bei staatlichen Stellen und die Errichtung demokratischer Strukturen oder Kontrollen bei multinationalen Verwaltungen wie der EU oder der Weltbank. (Will, Will 1990 a und b)

Man könnte nun weitere Details und weitere Komponenten dieses Konzepts anführen, die ja im Einzelnen auch nicht von allen Frauen und Männern dieses Projekts – zum engeren Kreis gehörten etwa 10, zum weiteren vielleicht 30 und etwa 200 zum kommunikativen Umfeld – in exakt gleicher Weise vertreten wurden und die auch nicht unumstritten waren. Es war ein Konzept im Entstehen, wurde 1987 begonnen und war nicht fertig als die Revolution des Herbstes 1989 begann. Man arbeitete fieberhaft an zwei Fronten: das Konzept selbst weiter voranzubringen und es öffentlich zu kommunizieren und Mehrheiten dafür zu finden. Letzteres gelang seit dem Dezember 1989 immer weniger. Einiges floss über Rosemarie Will noch in den Verfassungsentwurf des Runden Tisches ein, der aber dann von der neu gewählten Volkskammer gar nicht mehr behandelt wurde. Auch der Medienkontrollrat wurde noch eingerichtet, aber von der neu gewählten Regierung umgehend kalt gestellt. Im Frühjahr 1990 war klar, dass es bei der Gestaltung der deutschen Einheit keinen Rückgriff auf dieses Konzept oder irgendwelche Teile davon geben wird, es galt von da an als Machwerk von Leuten, die die alte Macht der SED zu retten versucht hätten.

Man könnte nun sagen, dass dieses Konzept einer reformierten und noch stärker regulierten und an die Bevölkerungsinteressen rückgebundenen Moderne das Konzept eines Dritten Wegs gewesen sei. Das ist ungefähr so, wie die Aussage eines westdeutschen Politikers (war es Graf Lambsdorff?): Der Dritte Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland. Oder wie es in einem Internet-Lehrbrief für künftige Banker heißt:

Die soziale Marktwirtschaft ist somit ein dritter Weg zwischen unbeschränkter Freiheit (zu wenig Staat) und zentraler Planung (zu viel Staat). Es handelt sich um eine staatlich gelenkte, an sozialen Zielen orientierte Marktwirtschaft, in der wichtige freiheitliche Prinzipien, so das Privateigentum, die Vertragsfreiheit, das Gewinnstreben und die Autonomie der Wirtschaftssubjekte verwirklicht werden.  
<http://www.bankazubi.de/wissenspool/artikel.php?opid=1&fachgebietid=10&katid=28&artikelid=112>

Aber bei dem *Modernen Sozialismus* handelt sich nicht um eine *Mischung* von Markt- und Planwirtschaft oder eine *Mischung* von Volks- und Privateigentum, weil solche „Misch-Begriffe“ die Grundlage und die Spezifik der Regulation gar nicht klarstellen. Der regulierte Zusammenhang zwischen privater Kapitalverwertung und Gemeineigentumreproduktion und Entwicklung ist etwas anderes als eine Mischung von Privat- und Gemeineigentum oder von kapitalistischem und sozialistischem Eigentum. Und eine durch Öffentlichkeitsbänke erweiterte Demokratie ist eben keine Mischung zwischen bürgerlich parlamentarischer Demokratie und kommunistischem Parteienstaat. Zur besseren Erkenntnis trägt also die Bezeichnung als Dritter Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus überhaupt nicht bei.

Vor allem aber ist die Perspektive der sich gegenüber stehenden Systeme, zwischen denen ein dritter Weg zu denken sei, in diesem Konzept gar nicht mehr gegeben, weil in dem übergreifenden Zusammenhang der Entwicklung moderner Gesellschaften eine Pluralität gestaltbarer Entwicklungspfade denkbar wird – wobei von sozialen Bewegungen und Kräftekonstellationen abhängt, welche Wege tatsächlich beschritten werden – jedenfalls sind mehr als nur drei Möglichkeiten gegeben, man kann vor dem Diskurs gar nicht wissen, wie viele Wege es gibt. Nur den staatssozialistischen mit zentraler Planwirtschaft und Parteiendiktatur, den gibt es eben nicht, das ist durch ein historisches Experiment mit hohen menschlichen „Kosten“ empirisch herausgefunden worden. Abschließend dazu: das Konzept des modernen Sozialismus hat im Sommer und im Herbst 1989 unter den SED-Reformern sicher eine herausragende Rolle gespielt, war auch eine Diskussionsgrundlage und ein Mittel der politischen Mobilisierung der Gesellschaft insgesamt, an der die Mitglieder der SED, die Parteibasis, zumindest bis Anfang Dezember in hohem Maße beteiligt waren (vgl. Segert 2008:74f). Das wird heute beiseite gelassen oder vergessen. Erst als die Strategie der neuen SED-Führung die Erhaltung der SED, dann der SED-PDS, dann der PDS ins Zentrum ihrer Politik rückte und die Reformierung der Gesellschaft und die Weiterentwicklung der neuen Ansätze des Herbst 1989 dem Parteiinteresse unterordnete, verließen viele Reformer die SED-PDS (nicht wenige kehrten später wieder zurück), und sie spaltete sich in verschiedene Fraktionen. Von da an spielten die SED-Reformer im öffentlichen Diskurs keine relevante Rolle mehr, die Allianz für Deutschland und die Übernahme des westdeutschen Wirtschafts-, Sozial- und Politikmodells „ohne wenn und aber“ dominierte die öffentliche Debatte. Das Ganze erschien nun als Sieg des einen Systems über das andere, nicht mehr als Suche nach neuen Ansätzen gesellschaftlicher Entwicklung.

Trotzdem wäre es übertrieben, zu behaupten, das Konzept des Modernen Sozialismus wäre das dominante oder gar das einzige im Spektrum der SED bis Dezember 1989 gewesen. Es gab neben den vielen Parteisoldaten, die nur zu kosmetischen Veränderungen bereit waren, zwei relevante Reformkonzepte, eher Pole, und ein breites Spektrum dazwischen. Der eine Pol war das skizzierte Konzept des Modernen Sozialismus, das die Traditionslinie, Sozialismus als eigenständiges Gesellschaftssystem zu denken, verließ und auf der Basis dieses übergreifenden Modernenkonzepts operierte.

Das andere Ende des Spektrums der SED-Reformer hielt an dem Konzept von Sozialismus als eigenem Gesellschaftssystem fest und operierte im wesentlichen auf der Grundlage der Reformvorstellungen der 1960er Jahre, des Neuen ökonomischen Systems usw. Meist vertraten es auch Menschen aus dieser Generation: Dieter Klein, Uwe-Jens Heuer, Klaus Steinitz wären beispielsweise zu nennen. Es ging um mehr Selbständigkeit der Betriebe, aber im Rahmen einer zentralen Planung, um gewisse Spielräume bei der Preisbildung, aber immer noch als staatliche Preisbildung gedacht, um innerparteiliche Demokratie und eine demokratische Kultur der Öffentlichkeit, aber ohne konsequente Unterordnung der Partei unter das Recht oder zumindest ohne Aufgabe einer

herausgehobenen führenden Rolle der Partei. Dies waren also Reformkonzepte, die die staatssozialistische Linie im Prinzip nicht verließen, aber doch erweiterten, z.B. um Erfahrungen bei der Preisbildung oder um das ökologische Problem. Im Herbst 1989 bewegte sich die Mehrheit der Reformer in der SED und der politisch aktiven Parteimitglieder zwischen diesen Polen. Das darf man aber nicht als feste Fraktionen mit jeweils stabilen Positionen und Mischungen zwischen eher staatssozialistischen und eher modernetheoretischen Elementen denken. Damals war dies alles im Werden und sehr flüchtig, die Positionen also vielmehr changierend, suchen, auch schwankend. Das alles stand nicht so richtig fest, vieles wusste man nicht, musste laufend neu ausgedacht werden und die Zeit dränge. Erst nachträglich erscheint deutlicher, was damals erst erahnt und ertastet werden konnte.

Das hier vorgestellte Konzept moderner Gesellschaften ermöglicht es also, den real existierenden Sozialismus wie auch den real existierenden Kapitalismus der Bundesrepublik in einer Perspektive zu denken, die beide Ausprägungen als veränderlich, als Varianten eines globalen facettenreichen Geschehens erscheinen lässt. In einer solchen Perspektive erscheinen Forderungen nach Weiterentwicklung des Grundgesetzes (z.B. der Implementierung der Drittwirkung von Menschenrechten), nach einem reformierten Gesundheitssystem, nach einem modernen Bildungssystem, nach Alternativen zum Individualverkehr angesichts einer sich abzeichnenden Klimakatastrophe, nach Kontrolle der Finanzmärkte usw. nicht mehr als utopisch oder irreführend, sondern bezeichnen Aufgaben, die infolge des Transformationsprozesses und der globalen Deregulierungsprozesse der 90er Jahre unerledigt geblieben sind. Anders formuliert: Sichtbar wird eine Hypothek ungelöster Fragen, die bereits 1989 zu Recht gestellt worden, aber auch 20 Jahre später noch immer ungelöst sind.

B. Fragt man nach den Durchsetzungsbedingungen von Erinnerungskonstrukten so kommen Macht- und Herrschaftsfragen in den Blick. Ein dichotom angelegtes Geschichtsbild erzeugt unausbleiblich ein Ende der Geschichte: die Geschichte führt von A nach B und dann muss die Erzählung enden. Ein solches Geschichtsbild findet seine Abnehmer unter jenen, die die Transformation der DDR in den Status quo der Bundesrepublik verkaufen wollen oder müssen. Genau das aber war der Wille der Ostdeutschen einerseits und der Auftrag der politischen Klasse Westdeutschlands andererseits. Keine Experimente war eine Schüsselformel, mit der Versuche, im Anschluss an die Vereinigung etwa das Grundgesetz, das Schulwesen, das Gesundheitswesen, die Paktzugehörigkeit Deutschlands zu reformieren abgeblockt wurden.

Umgekehrt, kann eine Erinnerungsperspektive, die DDR und BRD als **Durchgangsstationen eines globalen Entwicklungsprozesses** begreift, nur dann auf Abnehmer hoffen, wenn die Bundesrepu-

blick der Jahrtausendwende selbst zur Disposition steht. Nun ist die Erfahrung unserer Zeit: moderne Gesellschaften, in denen wir leben, zeichnen sich einerseits durch einen schnell ablaufenden *nicht intendierten* endogenen Wandel aus, aber zugleich durch eine große Resistenz gegenüber *gestalterisch intendierten* Veränderungen aus. Selbst eine tiefgreifende Wirtschaftskrise, wie wir sie derzeit erleben, öffnet keine weitreichenden Perspektiven für reformerische Umgestaltung. Die Bundesrepublik nicht als Endpunkt der Geschichte, sondern als Durchgangspunkt in einem globalen Entwicklungsprozess zu begreifen, kann daher heute nur der Blickwinkel radikaler Außenseiter sein.

In 20 oder 30 Jahren aber wird der Wandel so weit vorangeschritten sein, dass Bundesrepublik und DDR des 20. Jahrhunderts trotz Mauerbau, Stasi und Stacheldraht viel deutlicher als zwei Varianten eines deutschen Aufbruchs aus der Katastrophe des II. Weltkrieges erscheinen werden. Dafür stehen die Chancen um so besser, als in 30 Jahren eine andere Generation die Erinnerung prägen wird, eine Generation, die diese Geschichte nicht mehr aus dem Erlebnis 1989 und der anschließenden Transformationsphase bewerten muss. Wir wissen um die Wirkungsmacht von Verschiebungen in den Generationen auf die Erinnerung. Vor diesem Hintergrund könnte im Jahr 2040 auf einem Panel der GSA die Einschätzung getroffen werden, dass die Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch den ideologischen Mustern des Systemkonflikts des 20. Jahrhunderts verhaftet war und deshalb vergeblich nach dem Dritten Weg fahndete.

#### Literatur:

Zitiert als Umbaupapier:

Land, Rainer (Hg 1999): Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin Rotbuch

Bluhm, Harald: In welche Richtung könnten wir gesetzliche Regelungen der in § 27 der Verfassung der DDR verbrieften Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen formulieren? In: Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin, Dietz

Brie, Michael: Forschungsprojekt Philosophische Grundlagen der Erarbeitung einer Konzeption des Modernen Sozialismus. Materialien der Eröffnungsberatung 1988. Berlin, Humboldt-Universität

Crome, Erhard; Kirschner, Lutz; Land, Rainer (o.J.) Der SED-Reformdiskurs der achtziger Jahre. Abschlußbericht zum DFG-Projekt CR 93/1-1. Studie und Verzeichnis der Bestände und Materialien. Berlin, GSFP mbH. Zugänglich in der Universität Leipzig und bei der Rosa Luxemburg Stiftung Berlin.

Land, Rainer (1989): Die Wirtschaftsreform der DDR im Lichte der entstandenen neuen Lage: offene Grenze zur BRD. In: Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin, Dietz

Land, Rainer; Possek, Ralf (1994): Namenlose Stimmen waren uns voraus. Bochum, Winkler

Land, Rainer (1994b): Ökosteuer oder Ökokapital? Versuch einer Antwort auf Fragen von André Gorz. In: Andere Zeiten. Forum für politische Ökologie und soziale Emanzipation. Nr. 4/94, September 1994, Berlin, S. 3-12

Land, Rainer; Possek, Ralf (1998): Fremde Welten. Berlin, Ch. Links

Segert, Dieter (2008): Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien Köln Weimar, Böhlau

- Will, Rosemarie (1989a): Rechtsstaatlichkeit als Moment demokratischer politischer Machtausübung. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Heft 9/1989
- Will Rosemarie (1989b): Revolution in der DDR und Verfassung. In Sozialismus in der Diskussion 2. Berlin Dietz
- Will, Hans-Jürgen; Will, Rosemarie (1990a): Die Verfassungsfrage in der DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Heft 2/1990, S. 157-166
- Will, Hans-Jürgen; Will, Rosemarie (1990b): Verfassungsrechtliche Diskussion in der DDR auf dem Wege zu einem vereinigten Deutschland, in: Politik und Kultur, Heft 6/1990, S. 3-14